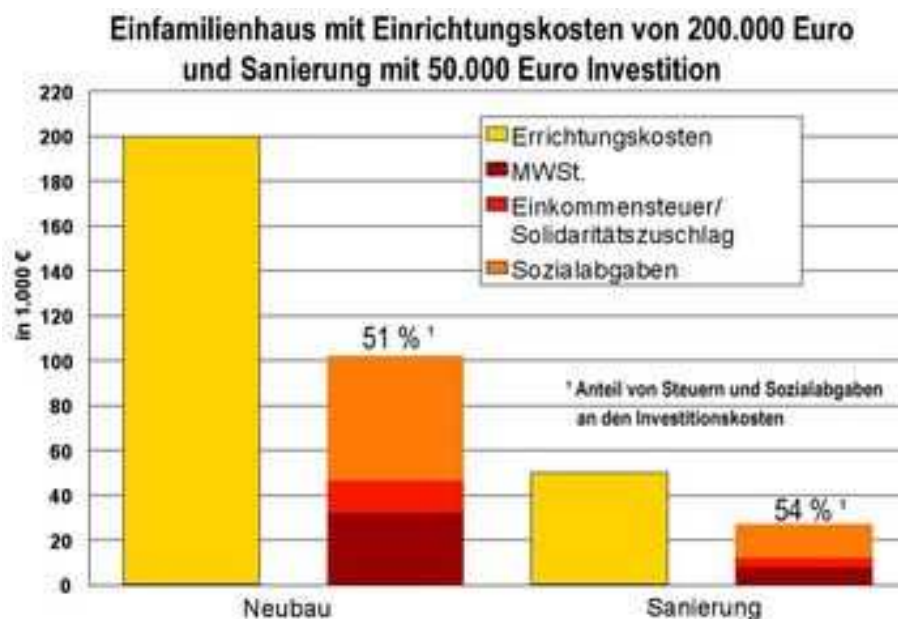




Staat kassiert 51 Cent pro Bau-Euro



© Pestel-Institut

Von jedem Euro, der beim Hausbau investiert wird, fließen 51 Cent an Steuern und Sozialabgaben an den Staat. Das geht aus einer Baukosten-Analyse hervor, die das [Pestel-Institut](#) in Hannover gemacht hat. Die öffentlichen Kassen profitieren demnach in erheblichem Maße vom Wohnungsbau – weit mehr sogar, als sie in dessen Förderung investieren. Vor diesem Hintergrund fordern die Bau-Gewerkschaft, der Deutsche Mieterbund und die Baustoff-Branche vom Bund, den Wohnungsbau stärker als bisher anzukurbeln.

Staat gehört zu den Gewinnern beim Hausbau...

Nach den Berechnungen des Pestel-Instituts führt der Neubau eines Einfamilienhauses in Höhe von 200.000 Euro Baukosten zu Steuereinnahmen von fast 47.000 Euro (32.000 Euro Mehrwertsteuer sowie gut 14.600 Euro Lohnsteuer und Soli). Zudem fließen nahezu 55.500 Euro über die Bauunternehmen und deren Arbeitnehmer in die Kranken-, Renten-, Arbeitslosen-, Unfall- und Pflegeversicherungen. „Damit landen mehr als die Hälfte der Neubaukosten über Steuern und Sozialabgaben in öffentlichen Kassen“, so Matthias Günther, der die Berechnungen beim Pestel-Institut geleitet hat. Der Staat gehört damit zu den „Gewinnern beim Hausbau“.



Siedlervereinigung **Würzburg - Sieboldshöhe** eV.

VERBAND WOHNHEIGENTUM

...und kassiert auch kräftig bei der Gebäudesanierung

Ähnlich sehe es auch bei der CO₂-Gebäudesanierung aus: Bei einer Energiespar-Sanierung, die 50.000 Euro kostet, nimmt der Staat nahezu 12.000 Euro an Mehrwertsteuer, Lohnsteuer und Solidaritätszuschlag ein, so die Berechnung des Pestel-Instituts. Hinzu kämen noch einmal rund 15.000 Euro an Sozialabgaben. Dem stehe lediglich eine maximale Summe von 6.000 Euro gegenüber, mit der der Staat diese energetische Gebäudesanierung über KfW-Programme und Steuerabschreibung fördere. Fazit: „Unterm Strich bleibt immer dann ein dickes Plus für Vater Staat, wenn private Bauherren oder Immobiliengesellschaften in den Wohnungsbau in Deutschland investieren“, so Günther.

Für den Staat ist jeder Handschlag am Bau ein Gewinn

Die Initiative „Impulse für den Wohnungsbau“, in deren Auftrag das Pestel-Institut die Baukosten-Analyse gemacht hat, fordert darum vom Bund und von den Ländern mehr Anreize für Bauherren und Hauseigentümer. „Für den Staat ist jeder Handschlag, der auf einer Baustelle gemacht wird, ein Gewinn. Für jeden Finanzpolitiker ist es deswegen eine einfache Rechnung: Der Staat kann nur gewinnen, wenn er den Wohnungsbau in Deutschland belebt“, sagt Dr. Ronald Rast von der Initiative [Impulse für den Wohnungsbau](#).

Steuerlichen Anreiz für Wohnungsbau neu ausrichten

Als wirkungsvollste Maßnahme fordert sie die steuerlichen Anreize für den Wohnungsbau neu auszurichten. Notwendig sei eine Verdoppelung der linearen Abschreibung von derzeit 2 auf künftig 4 %. Rast: „Dieser Steueranreiz hätte eine enorme Impulskraft für den Wohnungsbau. Er ist das Signal, auf das Bauherren und die Branche gleichermaßen warten.“ Als Alternative dazu spricht sich die Initiative für die Einführung einer AfA von jährlich 8 % in den ersten 8 Jahren bei energetischem und altersgerechtem Neubau aus. Von einer solchen „Klimaschutz- und Demografie-AfA“ würden insbesondere die Bauherren profitieren, die an einer vergleichsweise raschen Nutzung der Abschreibung interessiert seien. GLR